

Zunächst verwies Herr van Grinsven auf das Ergebnis der Untersuchung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft im Juli dieses Jahres, wonach es für weitere Unternehmen nicht wirtschaftlich sei, Hotspots einzurichten.

Sollte die Stadt selbst als Betreiber auftreten, so müsste sie aus Haftungsgründen dies einem gewerblichen Diensteanbieter übertragen und dies dann entsprechend bezahlen. Die Höhe dieser Zahlung hängt von der Frequentierung des jeweiligen Hotspots ab.

Herr Knülle teilte daraufhin mit, dass dies dann, wenn die eigenen Stadtwerke realisiert worden sind, weiter verfolgt werden kann.

Herr Köhler vertrat die Auffassung, dass hier nun kreative Lösungen gesucht werden müssten, denn dieser Antrag zielt nicht daraufhin, dass die Stadt selbst als Betreiber auftreten soll. Auch sollen die Stadtteile nicht außen vorgelassen werden, wenn es nach Vollendung des Umbaus HUMA-Park gelingen sollte, hier im Zentrum einen entsprechenden Hotspot zu installieren, damit gerade die kleineren Stadtteile nicht vernachlässigt werden.

Herr Schell begrüßte grundsätzlich diese Idee. Bezogen auf die Stadtteile schlug er vor, dass die Stadt bzw. die Wirtschaftsförderungsgesellschaft sich mit dem Werbekreis Hangelar in Verbindung setzen sollte, um die Idee der Einrichtung eines Hotspots zu erörtern, auch in Hinblick auf die Finanzierung.

Herr Kammel vertrat die Auffassung, da dies eine freiwillige Leistung der Stadt sei, könnte dies aufgrund der bekannten Haushaltslage nicht durch die Stadt finanziert werden, so dass auf jeden Fall ein gewerblicher Anbieter gesucht werden müsste. Weiter schloss er sich den Ausführungen von Herrn Schell bezüglich der Kontaktaufnahme mit dem Werbekreis Hangelar an.

Herr Waldästl führte aus, dass, obwohl es aus seiner Sicht wohl zu keinen neuen Erkenntnisse bezüglich Machbarkeit zum heutigen Zeitpunkt führen werde, entsprechende Gespräche mit den Geschäftsleuten im Bereich Alte Heerstraße, im Bereich Niederpleis, im Bereich Burgstraße und dem Werbekreis Hangelar geführt werden sollten.

In seinen Ausführungen schlug Herr Metz u.a. vor, auch diesbezüglich einmal mit den Verkehrsbetrieben in der Region entsprechende Gespräche aufzunehmen.

Der Bürgermeister erklärte daraufhin, dass die Verwaltung weiterhin in dieser Angelegenheit tätig sein werde. Trotz dieser Aussage herrschte Einvernehmen im Ausschuss darüber, über diesen Prüfauftrag abzustimmen.

Dann fasste der Ausschuss folgenden Beschluss: